

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

580 (11.12.1918) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Weitans größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von
Herrn Dr. Thiergarten.
Chefredakteur: Albert Herzog.
Verantwortlich für den Textteil:
Anton Rudolph; für den Anzeigenteil:
H. Rindspacher, sämtl. in
Karlsruhe i. V.
Verliner Vertretung: Veritas W 10

Anzeigen:
Die Spaltenbreite beträgt 20 Zsp.
Die Zeilenlänge 1 Zsp., die Zeile
an 1. Stelle 1.50 RM, die Zeile
auf der 2. Stelle 1.25 RM, die Zeile
auf der 3. Stelle 1.00 RM, die Zeile
auf der 4. Stelle 0.75 RM, die Zeile
auf der 5. Stelle 0.50 RM, die Zeile
auf der 6. Stelle 0.25 RM, die Zeile
auf der 7. Stelle 0.10 RM, die Zeile
auf der 8. Stelle 0.05 RM, die Zeile
auf der 9. Stelle 0.02 RM, die Zeile
auf der 10. Stelle 0.01 RM.

Bezugs-Preise:
A ohne „Illustr. Weltansch.“
B mit „Illustr. Weltansch.“
In Karlsruhe: Ausgabe A B
monatlich
Im Verlage abgeholt 1.22 1.42
in d. Zweigstellen 1.35 1.55
frei ins Haus ge-
liefert 1.35 1.55
Nachwärts: bei Ab-
holung a. Posthalter 1.22 1.42
Durch d. Briefträger
tägl. 2mal ins Haus 1.45 1.67
Einzel-Nummer . . . 10 Pf.
Geschäftsstelle:
Stiel- und Lammstr.-Ecke, nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.

Nr. 580. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Mittwoch den 11. Dezember 1918. Telefon: Redaktion Nr. 309. 31. Jahrgang.

Die Einigung der liberalen Parteien Badens Ausruf!

Parteilosen, Parteigenossen!
Die demokratische Front ist nunmehr geschlossen. Die Badische Volkspartei hat ihren Beitritt zur Deutschen demokratischen Partei in Baden erklärt. Damit ist ein großes Werk gelungen, das von vielen einsichtigen Männern und Frauen schon lange ersehnt wurde. Die neue Ordnung der Dinge hat alte Gegensätze ausgeglichen, und neue Zeitforderungen in den Vordergrund gerückt, deren Erfüllung im gleichzeitigen Interesse aller demokratischen Männer und Frauen liegt.

Die bürgerliche Ordnung muß hergestellt werden. Eine neue Regierung muß geschaffen werden, die uns den Frieden bringen soll. Die Erhaltung der Einrichtungen und Formen, die auch die Grundlage der neuen Zeit zu bilden haben, muß durch Zusammenschluß aller Kräfte gesichert werden. Wir wollen die demokratische Republik auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und Pflichten erfüllen. Wir wollen die Gleichberechtigung aller unter Ausschaltung der Diktatur Einzelner oder einer Klasse. Das ist das große Ziel, zu dessen Erfüllung wir uns zusammenschließen haben.

Deutsche Männer und Frauen!
Bereitet alles Terrain, legt alle persönliche Empfindlichkeit ab, und laßt Euch beim jetzigen Zusammenschluß von dem etlichen Gedanken leiten, daß nur die Zusammenfassung aller Kräfte das Werk mit dem erhofften Erfolg krönen wird.

Ein Vorschlagsausschuß, dessen Mitglieder unterzeichnet sind, hat sich nach Absprache der Parteien gebildet. Sein Vorsitzender ist der Abgeordnete Hummel. Die kommende Landesversammlung wird einen Landesausschuß wählen, der vom Abgeordneten Dietrich geleitet wird. Bis zum Landesausschuß der engere Ausschuß gebildet ist, der vom Vorschlagsausschuß bei allen wichtigen Fragen zusammenberufen wird, wird der Vorschlagsausschuß vorläufig einen engeren Ausschuß einberufen, der sich aus allen Landesstellen und Berufsständen zusammensetzen wird.

Der Wortlaut der getroffenen Vereinbarung wird den Vereinen zugehen. Das Programm und der Wahlausruf wird in wenigen Tagen fertiggestellt sein, und an die Vereine versandt werden.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß nicht kleinliche Gesichtspunkte das nunmehr gelungene Werk bei der Ausführung gefährden, denn wir vertrauen auf die Einsicht unserer Freunde, auf die Zukunft der Vorkämpfer der Zeit, in der wir leben, auf die demokratische Gesinnung aller derjenigen, die hinter den gegensätzlichen Strömungen des Tages das große Ziel sehen, den deutschen Stämmen eine auf Gleichberechtigung gegründete Ordnung der Zukunft, die Einheit und die Freiheit nach außen und innen zu bringen.

Karlsruhe, den 11. Dezember 1918.
Der Vorschlagsausschuß der
Deutschen Demokratischen Partei in Baden.
Hummel, Vorsitzender,
Dietrich, Glöckner, Haas, Muser, Sänger.

* Karlsruhe, 11. Dez. Die Nachricht, daß es gelungen ist, im Badischen Lande die schon verloren gegebene Zusammenschmelzung der beiden liberalen Parteien in neu aufgenommenen Verhandlungen nun doch noch durchzuführen, wird in den liberalen Kreisen aller Schattierungen mit starker Genugtuung begrüßt werden. Hätte nicht einmal die gegenwärtige drohende Gefahr für den Zusammenhalt unseres ganzen Staatswesens die früheren Nationalliberalen und Fortschrittler zu einer festen und breiten Einheitsfront zusammenzuschließen vermocht, so wäre vielleicht für immer die Erreichung einer wahrhaften Demokratie zu einer verpöhten Gelegenheit geworden.

Aus den nämlichen Wurzeln des deutschen Vaterlands, Freiheits- u. Einheitsgedankens gingen einst die beiden Richtungen des Liberalismus hervor, die sich oft mit denselben Zielen vor Augen, nur um der Wege willen, die dahin führten, hart befehdeten. Nun hat das furchtbare Schicksal, das über Deutschland hereinbrach, sie sich wieder als Brüder erkennen lassen, die das Leid derselben armen Mutter Deutschland die doch immerhin kleineren Sorgen über Parteinteressen und Parteizwiste ein für alle Male vergessen heißt. Schon hatte jede der beiden liberalen Landesorganisationen für sich ihre ersten Forderungen aus den Notwendigkeiten der Gegenwart gezogen: Die Fortschrittliche Volkspartei war in ihrer Gesamtheit in die neue Reichsorganisation der „Deutschen Demokratischen Partei“ eingetreten; die Nationalliberalen aber waren mit all ihren Vereinen in der von ihnen neugegründeten „Badischen Volkspartei“ aufgegangen. Immer noch schienen eine kurze Zeit lang aus alten Wurzeln und alten Erinnerungen sachliche und gesühlmäßige Unterschiede sich nicht gleich verwischen zu lassen. Bis dann jetzt die klärende Aussprache auch damit endgültig aufgeräumt hat und nun auch die „Badische Volkspartei“ mit ihrer Gesamtorganisation in die „Deutsche Demokratische Partei“ eintrat, die damit beide liberalen Parteien des Landes zu einer einzigen verschmolz.

Wir wissen den führenden Männern Dank, die dieses Werk in Erkennung der gemeinsamen demokratischen Aufgaben des deutschen und badischen Liberalismus zu schaffen vermochten. Die Hoffnung vieler Tausender in beiden Lagern, die heute nur noch eines sind, ging mit ihnen. Sie haben gezeigt, daß sie sich in Wirklichkeit, und nicht nur dem bloßen Worte nach, ganz entgegenstehen vom Geiste dieser Zeit, der zur deutschen Zukunft auch in dunklen Stunden entschlossene, zurechtfindende Wege weilt. Die Großzügigkeit, mit welcher die beiden Parteien Führer unter dem Gebot des Tages alle Neben- und Vorurteile auszuhalten verstanden, um im gemeinsamen

Schaffen sich einseitlich zu finden, verdient vollen Dank und volle Anerkennung. Auf solche Weise auch nur konnte eine Verständigung erzielt werden, mit welcher alle Teile zufrieden sein dürften, da beide Parteien ohne Vorbehalt in die Gesamtorganisation hineingingen. Der Name der „Deutschen Demokratischen Partei“, den 1. St. die badische Fortschrittliche Volkspartei zuerst übernommen hatte, wird nun auch von der Badischen Volkspartei der ehemaligen Nationalliberalen übernommen, die in diese schon vorhandene badische Organisation, gleichberechtigt mit den alten Organisationen der Fortschrittlichen Volkspartei eintritt.

Die eigene Propaganda-Arbeit der Badischen Volkspartei in diesen Tagen ist darum nicht vergeblich, sondern im Gegenteil sehr wertvoll gewesen. Sie hat ihr selbst gezeigt, wie stark in unserem Volke das Verlangen nach einer ausgeprägten demokratischen Haltung gegenüber den Kräften ist, die in der Sozialdemokratie zurzeit um die Herrschaft ringen. Sie hat der Demokratischen Partei zeigen müssen, wie tief in unserem Volke das Verständnis ist für Fragen, wie die vaterländische Wirtschaftsbedeutung unseres Bauernstandes und die kirchlichen und Schulfragen in ihrer Bedeutung als stärkste Gemüts- und Erziehungsprobleme für unser Volkstum. Darum ist anzunehmen, daß aus dem Austausch solcher Erkenntnisse und Erfahrungen auch das sachliche Entgegenkommen bis zur völligen Verständigung wesentlich gefördert wurde.

Die Not ist die Mutter aller großen Dinge. So möge, wie sie jetzt das deutsche Parteilieben auf eine neue und gesündere Grundlage stellt, hieraus auch für unser Vaterland selbst in dunkler Schicksalsnacht der Stern eines neuen Morgens herorgehen. Es gilt einen Aufbau aus Trümmern obgleich. Die Deutsche Demokratische Partei möge die erste beim Werke sein, unser Vaterland wieder aufzurichten zu helfen aus Not und Qual und Bedrängnis zu einer neuen, schöneren Heimat eines in sich selbst gestifteten, willensstarken Volkes.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden. Lord Lansdowne in der englischen Friedenskommission.

Sch. Rotterdam, 11. Dez. (Privat.) „Daily News“ meldet aus London: Lord Lansdowne erhielt eine Berufung als Mitglied der großen britischen Friedenskommission.

Forderungen der Pariser Gewerkschaften.
WTB. Bern, 10. Dez. Die Pariser Blätter teilen mit, daß vorgestern nachmittags eine große Versammlung im Pariser Gewerkschaftshaus stattgefunden hat, in der die Forderung nach dem Schlußtag, die Demobilisierung und eine allgemeine Amnestie gefordert wurde. Der „Populaire“, der als einziges Blatt weitere von der Zensur stark gefürzte Mitteilungen macht, berichtet ferner, daß die Versammlung Gerechtigkeit und eine allgemeine Verbrüderung verlangt und die Notwendigkeit einer Aktion zu Gunsten einer sozialen Revolution immer wieder betont. Der Journalist Paul Faure bezeichnete den Kapitalismus als den Urheber des Krieges und verteilte eine Intervention der Alliierten auf schärfste. Der Wortlaut der einstimmig angenommenen Resolution wurde von der Zensur vollständig unterdrückt.

Die Friedensbereitschaft des deutschen Kronprinzen.
D. Berlin, 11. Dez. (Privat.) Ein früherer Offizier des zur Kronprinzenarmee gehörenden 10. A. R., der im Herbst 1914 mit dem Kronprinzen wiederholt öffentliche politische Fragen besprochen hat, schreibt der „Tägl. Rundsch.“ aus Hannover: „Der Kronprinz trat damals auf das Energiischste dafür ein, daß der Weg zum Frieden unter allen Umständen möglichst bald beschritten werden müßte; Bemühungen, die von mir in dieser Richtung auf Grund meiner persönlichen internationalen Beziehungen in die Wege geleitet wurden, hat der Kronprinz unterstützt. Diese sind aber auf den unüberwindlichen Widerstand der Militärpartei gestoßen. Ebenso kann ich bezeugen, daß der Kronprinz schon Jahre vor dem Kriege Bestrebungen zu fördern bemüht gewesen ist, die darauf abzielten, den europäischen Krieg unmöglich zu machen.“

Aus den besetzten deutschen Gebieten. Die Franzosen in der Pfalz.

o Ludwigshafen, 11. Dez. (Privat.) Wie die „Pfälz. Rundschau“ meldet, mußte man am Samstag und Sonntag beim Einzug der französischen Truppen in Ludwigshafen die betrübende Beobachtung machen, daß sich weibliche Personen im Alter von 17 Jahren bis ins „Mittelalter“ hinein an die Besatzungstruppen herandrängten und am Arm der Franzosen durch die Straßen zogen, wobei sogar einige dieser Frauenpersonen sich die roten Kopfbedeckungen ihrer Begleiter aufsetzten, während männliche Personen die afrikanischen Schützen mit in die Wirtschaft nahmen und diese bis zur Betrunktheit beglücklichten. In der Wäntung der anständigen Bevölkerung und sicher auch der Franzosen selbst sind diese Personen wahrlich nicht gestiegen.

o Zweibrücken, 11. Dez. (Privat.) Der kommandierende General der marokkanischen Division hat den Befehl des Gasthauses „Zum Adler“ zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er einen Mann verborzogen hatte, der einen französischen Soldaten geblökt beleidigt hatte. Eine gleiche Geldstrafe erhielt der Kaufmann Wadensheimer, weil er wiederholt „Nieder mit Frankreich“ ausgerufen hatte. Der französische General Daugan stellte den Betrag dem Zweibrücker Gemeinderat zu Wohlthatigkeitszwecken zur Verfügung, da sich die Bevölkerung sonst sehr ruhig und würdevoll verhält.

o Speyer, 11. Dez. (Privat.) Wie die Blätter melden, verübten französische Patrouillen in dem Orte Speyerdorf Aus-

schreitungen. Sie zehnten, ohne die Zeichen zu begreifen und belästigten Bürgerstöchter und Dienstmädchen in den Gehöften und auf den Straßen; außerdem drangen sie ins Pfarrhaus ein und öfneten vom Keller bis zum Speicher alle Behältnisse teils mit dem Seitengewehr und bearbeiteten Gegenstände, darunter das Klavier, mit Häuften und Gewehren. Der aufsichtführende französische Offizier des Ortes sicherte strenge Sühne und vollkommene Schadloshaltung zu.

Aus den Saarstädten.
o Saarbrücken, 11. Dez. (Privat.) Der Befehlshaber der französischen Besatzungsarmee im Saargebiet hat mit sofortiger Wirkung den Lebensmittelbezug aus Elsch-Lothringen nach den Saarstädten freigegeben.

Ueber die Räumung besetzten und neutralen Gebietes.

WTB. Berlin, 9. Dez. Infolge Räumung des Gebietes links des Rheins sind die bisher in diesem Gebiete befindlichen stellvertretenden Behörden und Erhaltungskräfte verlegt worden und zwar die des stellvertretenden 8. Armeekorps (Koblenz) in den Bereich des 10. Armeekorps (Hannover), die des stellvertretenden 15. Armeekorps (Straßburg) in den Bereich des 11. Armeekorps (Kassel), die des stellvertretenden 16. (Weh) und 21. Armeekorps (Saarbrücken) in den Bereich des 4. Armeekorps (Magdeburg).

Die in dem geräumten Gebiet bezug. in der neutralen Zone außerdem noch verlegt untergebracht gemessenen Erhaltungskräfte pp. des stellvertretenden 7., 14. und 18. Armeekorps sind nach anderen räumliegenden Orten des eigenen (14. teilweise nach 13. Armeekorps) bezug. des angrenzenden Bereiches verlegt worden.

All Bitten um Auskünfte über Heeresangehörige dieser Formationen, insbesondere über den jetzigen Standort des Erhaltungskräfte, sind nicht an das Kriegsministerium nach Berlin, sondern in erster Linie an die vorgeordneten stellvertretenden Generalkommandos und zwar an das stellvertretende 8. Armeekorps nach Dannebrück, das 15. Armeekorps nach Kassel, das 16. und 21. Armeekorps nach Rötzen (Anhalt) zu richten.

Die Geschehnisse im Reich. Neuwahlen zu den Arbeiter- und Soldatenräten.

Sch. Berlin, 11. Dez. (Privat.) Wie wir erfahren, finden im Anfang Januar in ganz Deutschland neue Wahlen zu den Arbeiter- und Soldatenräten statt. Die Mehrheitssozialdemokraten rechnen in der Mehrzahl der Bezirke mit der allgemeinen Mehrheit in den neuzuwählenden Arbeiter- und Soldatenräten.

Die Unabhängigen in Leipzig.

Leipzig, 10. Dez. Eine von der Leipziger Demokratischen Volkspartei am Montag abend abgehaltene Versammlung im Krillpallast ist von den Unabhängigen gestützt und gepregelt worden. Bei Beginn der Ansprache kletterte eine Gruppe von Soldaten und Matrosen mit dem bekannten Dr. Gezer an der Spitze auf das Podium. Es kam zu einer allgemeinen Schlägerei, und die Bürgerlichen wurden in den Saal hinuntergebrängt, wobei es nicht ohne Verletzungen abging. Sogar Gegenstände, z. B. eine gefüllte Wasserflasche, wurden zwischen die Anwesenden geworfen. Die Bürgerlichen verließen darauf den Saal, worauf der „Sieger“ die vorgefundenen Flugblätter der Demokratischen Partei unter Hohn- und Schmähschreien verbrannte.

Das Griechenlager zu Görlitz.

WTB. Görlitz, 10. Dez. Der A- und S-Rat teilt mit: Bei Ausbruch der deutschen Revolution war, wie die Presse seinerzeit meldete, auch im Griechenlager eine spontane Bewegung entstanden. Es bildete sich ein griechischer Soldatenrat, der die Unterstellung des deutschen A- und S-Rates in Görlitz nachsuchte. Diese wurde ihm auch gutwillig gewährt. Sehr bald aber stellte sich heraus, daß der griechische Soldatenrat in überaus geschickter Weise die deutsche Revolution mißbrauchte, um einen Putsch zu inszenieren, der mit den Zielen der deutschen Revolution nicht das Mindeste zu tun hatte. Es kam zu anarchoistischen Zuständen im Griechenlager, die das deutsche Interesse in Mitleidenschaft zogen und die Entrüstung der Görlitzer Bevölkerung erregten. Als alle Veruche des Görlitzer A- und S-Rates, auf gütliche Weise Besserung zu schaffen, erfolglos blieben, entschloß er sich am 10. Dezember zur Verhaftung des griechischen Soldatenrates und einiger anderer Führer der Bewegung. Gleich zeitig wandte sich der Görlitzer Soldatenrat an die Reichsregierung die Enterte zur schleunigsten Rückübertragung der Griechen in ihre Heimat zu veranlassen.

Verbot des Alkoholaushanks.

D. Berlin, 11. Dez. (Privat.) Wie die „Tägl. Rundsch.“ hört, soll das Verbot des Wein- und Branntweinaushanks mindestens bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung in Kraft bleiben.

Eine merkwürdige Waffengeschichte.

WTB. Berlin, 10. Dez. Ein Funkspruch des früheren Geheimdiensts der Sowjetrepublik, Joffe, behauptete, daß der jetzige Minister und Volksbeauftragte Barth von Rußland mehrere hunderttausend Maß bekommen habe, um Waffen anzuschaffen. Barth sagt hiergegen aus, er habe das Geld von deutschen Genossen erhalten, habe aber erst Mitteilung gemacht, als er die Waffen schon besaß. Haase erklärt, ohne Kenntnis gewesen zu sein und daß sein Kollege Barth der ebenfalls Unabhängiger Sozialdemokrat ist, die Waffen für das Moment des Ausbruchs der Revolution für das deutsche Proletariat beschafft habe.

Die „Tägl. Sta.“ bemerkt zu dieser merkwürdigen und sehr durchsichtigen Affäre: „Aber wer glaubt wohl, daß Herr Joffe ein sach liegt, wenn er die positive Mitteilung macht, dem heutigen Volksbeauftragten Barth seien eine große Zahl von Waffen und zur Beschaffung weiterer Waffen mehrere hunderttausend Maß übergeben worden? Joffe behauptet nicht, Waffen und Geld Herrn Barth persönlich in die Hand gedrückt zu haben. Es hat natürlich

